



Nr. 18

25. Mai 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Zweiter Vorsitzender verstorben

[Der dbb trauert um Waldemar Dombrowski](#)

Entgeltersatzleistung für Pflegende

[Silberbach: „Besser spät als nie!“](#)

Gesundheitspolitik

[Wagner: „Es geht um den gesellschaftlichen Zusammenhalt“](#)

dbb frauen

[Kreutz zum Fachkräftemangel: „Gleiche Chancen für alle braucht mutige Politik“](#)

dbb jugend

[Trendstudie Jugend in Deutschland: neue Regierung in der Bringschuld](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

[dbb saar: Sascha Alle folgt auf Ewald Linn](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Tag des Grundgesetzes: Die Grundlage unserer Freiheit schützen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Zweiter Vorsitzender verstorben Der dbb trauert um Waldemar Dombrowski

Waldemar Dombrowski, der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, ist am 18. Mai 2025 nach schwerer Erkrankung im Alter von 62 Jahren verstorben.

„Waldemar Dombrowski wurde wegen seiner Kompetenz, Erfahrung und seiner Persönlichkeit bei allen Kolleginnen und Kollegen sehr geschätzt. Die Interessen der Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit und des gesamten öffentlichen Dienstes hat er jahrzehntelang mit großer Leidenschaft vertreten. Als Gewerkschafter ging er Konflikten nicht aus dem Weg, bewahrte sich aber immer seine freundliche und verbindliche Art und stand für ein faires Miteinander. Wir sind in dieser schweren Zeit in Gedanken bei seinen Angehörigen und werden Waldemar Dombrowski ein ehrendes Andenken erhalten“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 20. Mai 2025.

Waldemar Dombrowski wurde am 9. Dezember 1962 in Szczytno geboren, war Witwer und hinterlässt zwei erwachsene Kinder.

1985 hat Waldemar Dombrowski nach seinem Abschluss als Diplom-Verwaltungswirt als Sachbearbeiter, Arbeitsvermittler und Berufsberater beim Arbeitsamt in Dortmund angefangen. 1991 folgte der Wechsel zur Bundesagentur für Arbeit nach Nürnberg. Dort setzte er

seine berufliche Laufbahn in verschiedenen Funktionen fort und war zuletzt - bis zu seiner Wahl zum dbb Fachvorstand Beamtenpolitik im Juni 2024 - Vorsitzender der Geschäftsführung der BA in Bad Hersfeld/Fulda.

Seine gewerkschaftliche Tätigkeit begann Waldemar Dombrowski 1997 als Mitglied in der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales. Dort war er unter anderem von 1998 bis 2002 Stellvertretender Bundesvorsitzender und wurde am 25. Oktober 2002 erstmalig zum Bundesvorsitzenden gewählt. Diesem Amt blieb er treu und legte es erst nach seiner Wahl zum dbb Fachvorstand Beamtenpolitik nieder.

Im dbb auf Bundesebene war Waldemar Dombrowski seit 2002 Mitglied im Bundesvorstand, zeitweise Vorsitzender der Grundsatzkommission für Beamten- und Laufbahnrecht sowie Mitglied der Grundsatzkommission Arbeitsmarkt und Privatisierte Bereiche. Ab Juni 2024 hatte er das Amt als Fachvorstand Beamtenpolitik und Zweiter Vorsitzender inne.

Entgeltersatzleistung für Pflegende Silberbach: „Besser spät als nie!“

Der dbb begrüßt die von Bundesfamilienministerin Karin Prien ins Gespräch gebrachte Entgeltersatzleistung für Pflegende – offenbar findet eine langjährige Forderung nun Gehör.

„Es wird allerhöchste Zeit, dass die Entgeltersatzleistung für Pflegende ganz oben auf der politischen Agenda steht“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach am 20. Mai 2025 in Berlin.

„Den Vorstoß von Ministerin Prien unterstützen wir ausdrücklich, denn er ist längst überfällig. Wir hätten uns zugegebenermaßen gewünscht, dass der Koalitionsvertrag das Thema Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige prominenter behandelt. Umso erfreulicher ist es, dass nun trotzdem etwas passiert. Besser spät als nie!“

Seit nunmehr fast zehn Jahren arbeitet der dbb im unabhängigen Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf für Menschen, die Sorgearbeit für Pflegende übernehmen. Wenn neue

Leistungen mit Steuermitteln finanziert werden, dann müssen sie auch die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern, so Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. „Sorgearbeit darf nicht länger automatisch auf Frauen abgeschoben werden. Wer pflegt, darf nicht in finanzielle oder berufliche Sackgassen geraten. Gleichzeitig müssen wir ehrlich sein: Wir können uns nicht länger auf die Pflege durch Angehörige als Hauptsäule verlassen“, betonte Kreutz.

Auch der dbb bundesseniorenvorsitzende, Dr. Horst Günther Klitzing, sieht Reformbedarf – insbesondere, wenn es um die Übersichtlichkeit im Leistungsdschungel geht: „Der ab der

zweiten Jahreshälfte 2025 geltende ‚gemeinsame Jahresbetrag‘ ist ein gutes Beispiel, wie die Politik Leistungen und deren Inanspruchnahme vereinfachen kann“ – dabei handelt es sich um die Zusammenführung der Leistungen der Kurzzeit- und der Verhinderungspflege zu einem gemeinsamen Budget. „So führen wir tatsächliche Niedrigschwelligkeit herbei, anstatt nur davon zu sprechen“, sagte Klitzing.

Dennoch liegt der Teufel im Detail. Wichtig ist vor allem, dass die von Ministerin Prien genannte mögliche soziale Staffelung niemanden schlechter stellt und vor allem keinen sozialen Unfrieden stiftet, unterstrich dbb-Chef Silberbach. Etwaigen Gedankenspielen, das derzeitige Pflegegeld abzuschaffen bzw. in einer entsprechenden Entgeltersatzleistung untergehen

zu lassen, erteilte er eine klare Absage: „Unser Pflegesystem fußt aktuell ganz klar auf der Angehörigenpflege. Deshalb ist es wichtig, die Menschen nicht zu verunsichern und klare, transparente Leistungen zu schaffen“. Das derzeitige Pflegegeld habe sich im Großen und Ganzen bewährt und der dbb stehe einer Weiterentwicklung aufgeschlossen gegenüber, sofern die ohnehin nicht auskömmlichen ambulanten Pflegeleistungen nicht gekürzt, sondern sinnvoll und mit Augenmaß ausgebaut werden. Der dbb wird sich auch unter der neuen Bundesregierung aktiv für mehr Unterstützung für pflegende Angehörige einsetzen. Silberbach: „Sollte diese wichtige Säule nämlich in sich zusammenbrechen, scheitert das ganze System und dann wird es richtig teuer.“

Gesundheitspolitik

Wagner: „Es geht um den gesellschaftlichen Zusammenhalt“

Gesundheitspolitik muss wieder oberste Priorität haben – das unterstrich dbb-Vize Maik Wagner im Austausch mit der SPD-Bundestagsfraktion.

„Wenn wir jetzt nicht handeln und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, wenn es um ihre persönliche Gesundheitsversorgung geht, ernst nehmen, gefährden wir die Demokratie und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt“, sagte Maik Wagner, dbb Vize und Vorsitzender der Gewerkschaft der Sozialversicherungen (GdS), am 22. Mai 2025 in Berlin. „In der anstehenden Legislaturperiode gilt es, sämtliche Baustellen in der Gesundheitspolitik anzugehen. Die Herausforderungen sind groß und in den meisten Fällen zeitkritisch. Die kommenden vier Jahre könnten die möglicherweise letzte Chance sein, große Reformen anzugehen“ – diese Botschaft unterstrich Wagner im Austausch mit dem neu gewählten gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Christos Pantazis.

Nicht nur Demografie, Fachkräftemangel und steigende Leistungsausgaben machen umfassende gesundheitspolitische Reformen unumgänglich. Zunehmend werden Versorgungsängste der Bevölkerung auch von politischen Rändern instrumentalisiert, so Wagner. Sorge besteht hier beispielsweise mit Blick auf die anstehende Krankenhausreform. Grund ist die Befürchtung, dass durch Klinikschließungen oder Zusammenlegungen von Einrichtungen die Versorgung in Gefahr ist, insbesondere in ländlichen Regionen. Einigkeit bestand jedoch

darin, dass den Ländern hier „ein gehöriges Maß an Beinfreiheit eingeräumt“ (Pantazis) wurde, so dass insbesondere in der Fläche nicht mit merklichen Einschränkungen zu rechnen sei.

Auch die dringend notwendige Reform der Pflegeversicherung war Thema des Gesprächs. Wagner wiederholte die dbb-Forderung nach mehr Übersichtlichkeit im Leistungsdschungel, nach mehr Transparenz und einfacherer Inanspruchnahme. „Wir sind uns bewusst, dass ein leichter Zugang zu individuell zustehenden Leistungen auch zu einer höheren Inanspruchnahme führt“, sagte der dbb-Vize. „Dies ist ohne Zweifel ein Kostentreiber. Allerdings ist es untragbar, dass die Versorgung in der Pflege aktuell häufig vom Informationsstand und der Beratung abhängt. Das Angebot des Abgeordneten Pantazis, Vereinfachungsvorschläge zu unterbreiten und diesbezüglich im Austausch zu bleiben, nehmen wir entsprechend gerne an.“

Abschließend erklärte Wagner, dass der dbb die im Koalitionsvertrag vorgesehene Ausrichtung der Vergütung der Beschäftigten der Krankenkassen und des Medizinischen Dienstes am TVöD als Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie ansehe und strikt ablehne.

dbb frauen

Kreutz zum Fachkräftemangel: „Gleiche Chancen für alle braucht mutige Politik“

Die dbb frauen unterstützen den Appell von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas an die Wirtschaft, die Arbeitsbedingungen für Eltern zu verbessern. Das allein greift jedoch zu kurz.

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb frauen und dbb Vize, warnt davor, die Herausforderungen im Arbeitsmarkt eindimensional zu betrachten. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur mit attraktiven Arbeitsbedingungen in Lehr- und Erziehungsberufen, verlässlicher Kinderbetreuung, echter Arbeitszeitflexibilität und einer fair verteilten Sorgearbeit gelingen könne. Die strukturelle Ungleichverteilung familiärer Verantwortung müsse politisch angegangen werden. Wer echte Veränderungen anstoßen wolle, müsse auch Väter konsequenter einbeziehen – etwa durch gezielte Anreize für eine gleichberechtigte Aufteilung der Sorgearbeit. Auch im Bereich der Angehörigenpflege seien neue Impulse notwendig: Eine steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige – analog zum Elterngeld – wäre ein zentraler Schritt.

Kreutz: „Solange es als normal gilt, dass Väter in Vollzeit arbeiten und Mütter ihre Arbeitszeit reduzieren, bleiben wir in alten Mustern stecken. Ziel muss es sein, dass beide Elternteile

die Chance haben, vollzeitnah zu arbeiten – mit ausreichend zeitlichen Spielräumen für die Familie. Dafür braucht es mutige gesetzgeberische Schritte – etwa die Einführung einer Familienstartzeit und eine grundlegende Reform des Elterngelds.“

Der politische Fokus auf „mehr Mütter in Vollzeit“ greife zu kurz, so Kreutz weiter: „Was wir brauchen, ist echte Wahlfreiheit zwischen Voll- und Teilzeit. Viele Beschäftigte – insbesondere Frauen – stocken ihre Arbeitszeit nicht auf, weil sie mit hohen Belastungen, ungünstigen Arbeitszeiten, Personalmangel und dauerhafter Überlastung konfrontiert sind. Teilzeit wird hier zur Überlebensstrategie.“ Hinzu komme, dass Teilzeit im Berufsleben oft mit geringeren Aufstiegschancen verbunden sei. „Das muss sich ändern“, fordert Kreutz. „Führung in Teilzeit darf kein Tabu mehr sein. Es braucht Veränderungswillen in den Führungsetagen – sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst. Nur so schaffen wir echte Entwicklungsperspektiven für alle, die sich beruflich einbringen und familiär engagieren wollen.“

dbb jugend

Trendstudie Jugend in Deutschland: neue Regierung in der Bringschuld

Zwar ist nicht alles schlecht, aber Baustellen gibt es noch genug – diese muss die Regierung anpacken, fordert der Chef der dbb jugend.

„Gut ist, dass die jungen Menschen, gemessen an den Krisen, offenbar doch relativ zuversichtlich in die Zukunft blicken“, kommentierte Mathäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, die Ergebnisse der aktuellen Trendstudie „Jugend in Deutschland“ am 22. Mai 2025 in Berlin. „Schlecht ist hingegen, dass die psychische Belastung durch Stress enorm ist und der Konsens über demokratische Grundeinstellungen bröckelt. Das betrachte ich mit großer Sorge.“

Der Vorsitzende der dbb jugend sieht die Politik in der Pflicht, die Schulen, Bildungsträger und die Zivilgesellschaft in die Lage zu verset-

zen, eine bessere Stressprävention und Demokratiebildung umsetzen zu können. „Klar, im Föderalismus sind für die Schulen erstmal die Länder verantwortlich. Trotzdem erwarte ich, dass die Bundesregierung das Thema in den Mittelpunkt rückt und die nötigen Impulse setzt, auch finanzielle Impulse.“

„Die Stärke der Studie ist, dass sie Klischees, die Jung und Alt voneinander haben, widerlegt“, sagte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung. „Gerade mit Blick auf geopolitische Unsicherheit, Inflation und die Spaltung der Gesellschaft sitzen alle Generationen im selben Boot. Das eint uns, das ist ein Anlass, mit gemeinsamer und

starker Stimme von der Bundesregierung Kurskorrekturen einzufordern!“

Hintergrund: Die aktuelle Ausgabe der Trendstudie „Jugend in Deutschland“ ist am 20. Mai 2025 erschienen. Diesmal wurden nicht nur die

14- bis 29-Jährigen befragt, sondern auch die 30- 49-Jährigen sowie 50- bis 69-Jährigen einbezogen. Die Daten basieren auf einer repräsentativen Befragung, an der etwas mehr als 6.000 Personen teilgenommen haben.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

dbb saar: Sascha Alle folgt auf Ewald Linn

Die rund 90 Delegierten des außerordentlichen Landesgewerkschaftstages aus den 36 Fachgewerkschaften des dbb saar haben am 20. Mai 2025 in Kirkel Sascha Alles aus Freisen mit einem Wahlergebnis von 100 Prozent zum neuen Landesvorsitzenden des Saarländischen Beamtenbundes (dbb saar) gewählt.

Alles betonte in seiner Bewerbungsrede: „Der öffentliche Dienst ist ein wichtiger Pfeiler unserer Gesellschaft und somit auch unserer Demokratie. Der dbb ist die größte Interessenvertretung der Beamtinnen und Beamten und der Beschäftigten im Landesbereich. Daher möchten wir den öffentlichen Dienst weiter stärken. Am dbb kommt keiner vorbei!“

Es gebe mittlerweile eine riesige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Denn neben der Konkurrenz mit der Privatwirtschaft greife „ein regelrechter ‚Kannibalismus‘ ums Personal innerhalb des öffentlichen Dienstes“ um sich. Alles: „Daher brauchen wir dringend einen Masterplan für die Personal- und Fachkräftegewinnung im öffentlichen Dienst. Wir brauchen schnellstens mehr Ent- statt Belastung des

Personals und auch mehr Wertschätzung. Die Digitalisierung braucht einen großen Schub. Dafür braucht es mehr Mittel und Menschen. Dabei müssen alle mitgenommen werden (Weiterbildung) und die technische Ausstattung muss endlich auf ein gutes Niveau gehoben werden. Faxgeräte sind Mittelalter!“

Das Saarland müsse außerdem runter vom letzten Platz bei der Besoldung. „Junge Menschen vergleichen und wenn sie dann beispielsweise bei der Bundespolizei deutlich mehr als im Saarland verdienen, sind sie weg“, machte Alles deutlich. „Bürokratieabbau ist wichtig, aber er muss auf allen Ebenen stattfinden. Bund, Länder und Kommunen müssen hier zeitnah an einem Strang ziehen. Denn Bürokratie ist der Bremsklotz der Verwaltung.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Tag des Grundgesetzes: Die Grundlage unserer Freiheit schützen

„Das Grundgesetz bildet das Fundament unseres gesellschaftlichen Miteinanders und stellte nach der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten zentrale Weichen auf dem Weg zur Demokratie, in der wir heute leben. Mit Blick auf die vielen gesellschaftlichen Herausforderungen, die es aktuell zu bewältigen gilt, ist uns seine vollumfängliche Bedeutung heute bewusster denn je“, kommentierte der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand den 76. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes.

„Als VBE sehen wir die Gefahren, denen unsere Demokratie derzeit ausgesetzt ist, schon seit vielen Jahren. Die Verrohung des gesellschaftlichen Miteinanders, das zunehmende Erstarken der politischen Ränder, insbesondere im rechten Spektrum, und die Folgen, die diese Entwicklungen auf die Schülerinnen und

Schüler haben, bereiten den Lehrkräften bundesweit große Sorge. Der VBE steht daher an diesem geschichtsträchtigen Tag, wie auch an jedem anderen Tag des Jahres dafür ein, Freiheit und Demokratie und damit auch das Grundgerüst unserer Demokratie, das Grundgesetz, zu verteidigen und zu schützen“, so Brand weiter.

Lehrkräfte nehmen eine zentrale Rolle bei der Vermittlung demokratischer Grundwerte ein. Um dies auch angemessen umsetzen zu können, mangelt es aber vielerorts an Ressourcen. Daher fordert der VBE die Politik auf, die selbstverschuldeten Probleme in unseren Schulen endlich entschlossen anzugehen. Der Lehrkräftemangel, marode Schulen und die Herausforderungen der Digitalisierung müssen mit Nachdruck angepackt werden. Nur so kann verhindert werden, dass extremistische Kräfte

das Feld weiter für sich gewinnen und unsere demokratischen Werte untergraben.

Bereits 2018 hat der VBE Bundesverband das Manifest „Haltung zählt“ verabschiedet und sich für Respekt und Toleranz und gegen Extremismus ausgesprochen und ist zusammen mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Partnern Teil der Kampagne #IchStehAuf.

Namen und Nachrichten

Die Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV) hat am 12. und 13. Mai 2025 in Potsdam ihren 29. Bundesgewerkschaftstag durchgeführt und gleichzeitig ihr 75-jähriges Bestehen gefeiert. Der Gewerkschaftstag stand unter dem Motto „Sozial

in eine digitale Zukunft“. Thomas Falke aus Drolshagen bei Olpe wurde von den Delegierten einstimmig wieder zum Bundesvorsitzenden gewählt. Falke steht der GdV seit 2017 vor und geht damit in seine dritte Amtsperiode.

Termine:

2. Juni 2025

dbb Verkehrstag 2025

„Ausgebremste Wirtschaft, abgehangene Menschen – wie Deutschland wieder in Bewegung kommt“

Weitere Informationen unter www.dbb.de